

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbm d

Inhalt

Hans Böhler MdB zu 15 Jahren Grundlagenvertrag: Im Bemühen um Normalisierung und gute Nachbarschaft.

Seite 1

Albrecht Müller MdB zum „Welt“-Interview des CDU-Generalsekretärs: Typisch Geißler.

Seite 4

Dokumentation:

Die Elbstädte Hamburg und Dresden haben am Montag eine Partnerschaft vereinbart. Wir dokumentieren die Rede, die der Hamburger Bürgermeister Dr. Klaus von Dohnanyi aus diesem Anlaß in Dresden hielt.

Seite 5

42. Jahrgang / 239

15. Dezember 1987

Im Bemühen um Normalisierung und gute Nachbarschaft

Der Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten wird 15 Jahre alt

Von Hans Böhler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Bundestages

Der Besuch von Erich Honecker in der Bundesrepublik war die dankbar deutlichste Demonstration der Wirkungen und der Tragfähigkeit des Grundlagenvertrages, der am 21. Dezember 1987 15 Jahre alt wird.

An die heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen im selben Jahr 1972 über diesen Vertrag und die Ostverträge insgesamt wird sich jeder zurückerinnern. „Schlecht und unzureichend ausgehandelt“ waren noch die geringsten Vorwürfe, die die Unionsparteien erhoben. Daß Willy Brandt für diese Politik, die europäische Friedenspolitik war und bleibt, die gerade gewonnene Regierungsfähigkeit der SPD und seine eigene Kanzlerschaft aufs Spiel gesetzt hatte, war ein wichtiger Punkt für die Entscheidung, ihm den Friedensnobelpreis zu verleihen. Auch das war 1972.

Sozialdemokraten halten damals wie heute daran fest, daß ein Zustand erreicht werden soll, der auch den Deutschen die Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechts ermöglicht. Das ist Sinn und Ziel des Briefes zur deutschen Einheit, der zum Grundlagenvertrag ausgetauscht wurde. Diese zukünftige Entscheidung der Deutschen kann aber heute nicht vorweggenommen werden. Zur Lösung der „Deutschen Frage“ ist der Nationalstaat nicht die einzig denkbare Möglichkeit; das Selbstbestimmungsrecht und die volle Freizügigkeit sind die höheren Güter.

Der Wettbewerb der Systeme geht weiter, gehört zum Normalisierungsprozeß zwischen beiden deutschen Staaten untrennbar dazu. Normalisierung und ein Verhältnis guter Nachbarschaft haben nicht zum Ziel, daß die beiden Staaten ihre unterschiedlichen Systeme, Werte und Ideologien aufgeben, sondern daß sie sich friedlich und friedensfähig, reformorientiert mit diesen Gegensätzen befassen, wie es im Dokument „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ als politische Streitkultur definiert ist.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermindert Energie
durch unregelmäßige Raucherpausen
Recycling-Papier



Für Sozialdemokraten haben Frieden und Freiheit denselben Stellenwert; bei der Auseinandersetzung mit der DDR wie mit jedem anderen Staat der Welt kann und wird es immer wieder zu Phasenverschlebung kommen, in denen Ergebnisse für die gewünschte Zusammenarbeit auf dem Feld der Friedenssicherung und im Dialog über Freiheit und Menschenrechte erzielt werden können. Auf diese Realität weist die Formulierung hin, daß Frieden nicht alles sei - es gibt also auch die anderen gleichberechtigten Ziele und Werte - aber ohne Frieden alles nichts sei - der Frieden ist also die logische Grundbedingung, ohne die im Zeitalter atomarer und konventioneller Massenvernichtungsmittel diese anderen Ziele und Werte nicht mehr verwirklicht werden können.

Was damals und noch weitere Jahre im Zentrum parteipolitischer Auseinandersetzungen stand, mobilisierte zunächst die Wähler, die für den größten Wahlerfolg in der Geschichte der SPD sorgten und ist heute weitgehend Allgemeingut geworden. Nur noch Gruppen in der Union und die Funktionärsschicht der verschiedenen Vertriebenenverbände verharren in altem Denken.

Trotz des Briefes zur deutschen Einheit, der die Präambel des Grundgesetzes in einen Zusammenhang mit dem Vertrag rückt, was sich in aktueller Rechtsprechung niederzuschlagen beginnt, nutzen diese Kräfte, zu denen leider auch die politische Leitung des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehungen gehört, das Verfassungsgerichtsurteil zum Grundlagenvertrag zu ihren Zwecken. Aber ihre Überzeugungskraft läßt nach. Statt dessen wird immer deutlicher, daß die politischen Gestaltungsmöglichkeiten, die das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich bestätigt, voll ausgeschöpft werden müssen.

Die Realpolitik der jetzigen Bundesregierung hebt sich inzwischen von der Unbeweglichkeit der Ewiggestrigen wohltuend ab. Dies ist im Grundlagenvertrag selbst begründet. Er hat nicht nur die Grundlagen für die künftigen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten definiert, sondern auch deren Dynamik festgeschrieben.

Daß sich die Beziehungen innerhalb von nur 15 Jahren so weit entwickeln konnten, daß es heute - bis auf die Ebene des Deutschen Bundestages und der Volkskammer der DDR - kaum noch eine Gesprächsebene gibt, die zwischen beiden deutschen Staaten ausgelassen bleibt, daß im Reiseverkehr fünf Millionen Menschen aus der DDR in einem Jahr die Bundesrepublik besuchen können, schien damals nicht realistisch zu sein. „Bisher hatten wir keine Beziehungen, jetzt haben wir schlechte, und das ist der Fortschritt“, erklärte Egon Bahr damals.

Heute sind die Beziehungen besser geworden, auch wenn alle zwangsläufigen Schwierigkeiten, die sich aus dem Systemantagonismus, der kulturellen und sprachlichen Identität der Menschen, die sich mit dem Systemgegensatz kreuzt, dem Abstand der ökonomischen Leistungsfähigkeit und des Lebensstandards weiterbestehen.

Der beste Beweis für die Entwicklungsmöglichkeiten der deutsch-deutschen Beziehungen ist das Papier über den „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ der SPD-Grundwertekommission und der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Es bezeichnet zusammen mit den Anstößen und Anregungen für die Abrüstung in Europa, die wesentlichen Gegenstände der zweiten Phase der Entspannungspolitik. Um zukünftige Gefahren abwehren zu können, muß die Gefahr aus Wettrüsten und Abschreckungsdoctrin beseitigt und eine Kultur entwickelt werden, die den friedfertigen, pragmatischen und dialogfähigen Streit über die politischen Gegensätze zwischen Ost und West ermöglicht.

So wie vor 15 Jahren eine SPD-geführte Bundesregierung mit der DDR eine Politik einleitete, die die Grundsteine für eine gesamteuropäische Friedenspolitik legte, sind es jetzt wieder Sozialdemokraten, die beide deutsche Staaten drängen, Beispiele für die Weiterentwicklung dieser Politik zu einer europäischen Friedensordnung zu geben. Und wieder sind es die Konservativen, die den politischen Wert dieser Initiativen verkennen, statt sie aufzugreifen.



Aber auch solche Initiativen sieht der Grundlagenvertrag selbst schon vor: Beide Staaten, heißt es da, „werden friedliche Beziehungen zwischen den europäischen Staaten fördern und zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beitragen“. Das gemeinsame Bemühen um Abrüstung wird im Artikel 5 des Grundlagenvertrages ebenfalls besonders herausgestellt.

Der Artikel 7 zählt in knappen Worten die Gebiete auf, auf denen eine Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten stattfinden soll. Diesem Artikel sind zahlreiche Anschlußverträge zum Grundlagenvertrag zu verdanken, zu denen zum Beispiel auch die von der jetzigen Regierung unterzeichneten Abkommen (Kulturabkommen, Zusammenarbeit Wissenschaft und Technik, Umwelt-rahmenabkommen) zählen. Ausdrücklich nennt der Artikel 7 auch humanitäre Angelegenheiten. Ein Zusatzprotokoll als Arbeitsprogramm wurde gleich mitbeschlossen. Neue Grenzübergänge wurden eingerichtet, die Grenzkommission zur Feststellung des Grenzverlaufs wurde ins Leben gerufen, die Weiterentwicklung des innerdeutschen Handels wurde beschlossen, die Abkommen über Wissenschaft und Technik, Verkehr, Post, Gesundheit, Kultur, Sportverkehr, Umweltschutz, Vereinbarungen über den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr wurden vorgesehen und vieles davon sehr schnell abgewickelt.

Jede Form der Zusammenarbeit entwickelt ihre eigene Gesetzmäßigkeit, ihre eigene Stetigkeit und sorgt selbst für neue Verzweigungen eines grenzüberschreitenden Netzwerks von Begegnungen, Austausch und schafft so Nutzen für beide Seiten, der nicht zuletzt den Menschen selbst zugute kommt. Noch offen aus dem damaligen Arbeitsprogramm ist die Regelung des Rechtsverkehrs; nicht unseren Vorstellungen entspricht, was derzeit an Austausch von Büchern und Zeitschriften möglich ist.

Der Grundlagenvertrag hat Rückschläge in den Anfangsjahren, die Erstarrung im Ost-West-Verhältnis zu Beginn der 80er Jahre und den Regierungswechsel in Bonn, der die ausgesprochenen Gegner dieses Vertrages an die Macht brachte, unbeschadet überstanden und ist immer noch gut für weitere Anregungen und weitere Entwicklungen. Der Vertrag, insbesondere seine Handhabung, sollten allen heute Verantwortlichen auch ein Beispiel sein, wie die Lage West-Berlins weiter normalisiert werden kann. Auch hier sollte unter strikter Beachtung des Status und der Rechtslage beharrlich, aber pragmatisch vorgegangen werden. Zwischen den Beteiligten ist nach Maßgabe der jeweiligen Möglichkeiten zu regeln, was geregelt werden muß, um Berlin (West) eine in die Zukunft gerichtete, gesamteuropäische Aufgabe zu geben. Ein rückwärtsgewandtes Selbstverständnis Berlins als Reichshauptstadt im Wartestand bietet jedenfalls der Stadt keine Zukunftsperspektive.

(-/15.12.1987/vo-he/rs)

* * *

Typisch Geißler

Anmerkungen zum „Welt“-Interview des CDU-Generalsekretärs

Von Albrecht Müller MdB

Mit Genugtuung und Freude kann man zur Kenntnis nehmen, daß Herr Geißler inzwischen auch merkt, daß der Westen endlich wieder ein Konzept der Entspannungs- und Abrüstungspolitik braucht. Herr Geißler scheint zu spüren, daß die Koalition bisher vor allem die Früchte der Entspannungspolitik von vor 20 Jahren erntet.

Ansonsten ist das Interview ein typisches Beispiel der Methoden von Herrn Geißler. Dazu ist einiges zu sagen:

1. Nachdem bisher versucht worden ist, die Kieler kriminellen Machenschaften mit „Helmsuchung“ und „Unvollkommenheit des Menschen“ zu erklären, reduziert Herr Geißler jetzt den ganzen Fall auf die angebliche Tatsache, daß Herr Barschel „medikamentenabhängig“ war. Das ist ein mieser Umgang mit einem Toten und seiner Familie. Die Zielrichtung ist klar: Diese Entschuldigung entläßt die CDU aus der Verantwortung für einen Neuanfang in Schleswig-Holstein und aus der Verantwortung für einen allmählichen Ruin demokratischer Grundsätze in unserem Land. Außerdem weiß Herr Geißler ganz genau, daß er mit dieser Parole von der Medikamentenabhängigkeit die deutschen Stammtische voll befriedigt.

So geht es aber nicht. Herr Geißler muß sich fragen lassen: Warum geht sein Parteikollege Generalsekretär und der Pressesprecher der schleswig-holsteinischen CDU? In wessen Verantwortung ist die Broschüre „Betrifft Engholm“ und die Wahlzeitung der CDU mit dem miesen Stück zum Kindersex erschienen? Wer war verantwortlich für die Weiterverteilung dieser Zeitung trotz einstweiliger Verfügung? Das war Herr Stoltenberg. Die Affäre ist nicht beschränkt auf die Kieler Staatskanzlei, wie Herr Geißler uns jetzt weismachen will.

2. Die Tatsache, daß Herr Stoltenberg als CDU-Vorsitzender von Schleswig-Holstein der Verantwortliche für die Vorgänge in der dortigen CDU ist und gleichzeitig als Finanzminister angeschlagen dasteht, wird auch nicht durch einen noch so heftigen Angriff des Herrn Geißler gegen den Vorsitzenden der SPD, Hans-Jochen Vogel, beiseite geschafft.

Geißler nennt Stoltenberg einen der fähigsten Politiker unserer Republik - sind die Untätigkeit in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, der Zusammenbruch der Aktien- und Devisenmärkte, die Nicht-Antwort auf ein massives außenwirtschaftliches Gleichgewicht und die weiter steigende Verschuldung Zeichen besonderer Fähigkeit?

3. Herr Geißler bezeichnet die Haltung der Opposition im Bundesrat und Bundestag als „destruktiv“. - In welcher Welt lebt Herr Geißler? Gerade in den letzten Tagen sind wiederholt Kommentare zur konstruktiven Haltung des Vorsitzenden der SPD-Fraktion erschienen. Offenbar muß hier die Verkehrung der Tatsachen dem billigen Ziel dienen, Stimmung gegen mögliche Koalitionen anderer Farben auf Länderebene zu machen. Herr Geißler erfindet dazu ein politisches Gesetz, das nicht nur wegen der von Herrn Geißler erwähnten anders gefärbten Koalition im Saarland, sondern auch wegen der CDU/FDP-Koalition in Niedersachsen (seit 1976) nicht stimmt.

Im übrigen ist die ganze Argumentation schief und falsch, weil wir Sozialdemokraten es in unserer Regierungszeit immer mit einer Bundesratsmehrheit gegen uns zu tun hatten, die alles andere als konstruktiv war, während die jetzige Koalition bisher nur eine Bundesratsmehrheit für sich hatte. Selbst wenn Herr Geißler mit seinem Vorwurf der Destruktion recht hätte, wäre dies völlig unerheblich, weil eine destruktive Opposition in der Minderheit etwas ganz anderes ist als eine destruktive Opposition mit einer Bundesratsmehrheit.

(-/15.12.1987/vo-he/rs)

DOKUMENTATION**Dr. Klaus von Dohnanyi: Wir treten einander als Lernende gegenüber**

Die Elbstädte Hamburg und Dresden sind am Montag eine Städtepartnerschaft eingegangen. Wir dokumentieren die Rede, die der Hamburger Bürgermeister Dr. Klaus von Dohnanyi bei der Unterzeichnung der Vereinbarung in Dresden hielt.

Die Vereinbarung über eine Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und Dresden, die wir heute unterzeichnen, ist ein wichtiger Baustein zur Vertrauensbildung und Sicherung des Friedens in Europa. Sie leitet eine neue Phase der Beziehung unserer Städte ein. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben bei Ihrem Besuch in Hamburg mit Recht gesagt, mit der Städtepartnerschaft sei „etwas Historisches in Gang gekommen, ein Schritt zum Normalen“.

Die Vereinbarung dokumentiert das Streben der Bürgerinnen und Bürger beider Städte nach gutnachbarschaftlichen, vertrauensvollen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland. Deswegen werden die Menschen hier und in Hamburg die heutige Begegnung wie auch Ihren bevorstehenden zweiten Besuch in der Hansestadt, Herr Oberbürgermeister, mit großer Anteilnahme verfolgen.

Ich danke Ihnen für die freundliche Aufnahme in Ihrer Stadt und übermittle Ihnen die herzlichen Grüße des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg sowie der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Hamburg hat den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten stets eine besondere Bedeutung zugemessen. Mit der „Politik der Elbe“ haben Hamburger Politiker bereits Ende der 50er Jahre bestehende Barrieren zu überwinden versucht, lange bevor es offizielle Kontakte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik gab. In den vergangenen nahezu vier Jahrzehnten haben wir unsere Beziehungen zu den Elbanliegerstaaten DDR und CSSR kontinuierlich ausgebaut. Und ich bin sicher, daß auch mit der Städtepartnerschaft diese Politik neue Impulse erhält.

Das Ziel unserer Städtepartnerschaft soll es sein, „den wechselseitigen Dialog zwischen beiden Partnerstädten zu führen, die Begegnung der Bürgerinnen und Bürger zu fördern und ungeachtet unterschiedlicher ideologischer und politischer Auffassungen mit allen Kräften für das Wohl der Menschen und ihre friedliche Zukunft zu wirken“.

Hamburg und Dresden können im übrigen auf vielfältige Gemeinsamkeiten bereits in ihrer Geschichte zurückblicken.

Gegenseitige wirtschaftliche Interessen förderten die guten Beziehungen zwischen beiden deutschen Städten. 1850 wurde in Dresden ein erstes Hamburger Konsulat eröffnet - ein Hinweis darauf, daß sicherlich schon zu dieser Zeit rege Handelsbeziehungen zwischen beiden Wirtschaftsräumen bestanden haben.

1868 wurde in Dresden die Elbschiffahrtsgesellschaft „Die Kette“ gegründet, die bis 1935 Transportschiffe an einer langen Eisenkette - daher der Name - die Elbe auf- und abwärts beförderte und damit den Schiffsverkehr zwischen Sachsen und Hamburg beschleunigte. Menschliche Arbeitskraft, Schweiß und Plage der Arbeiterinnen und Arbeiter haben das ermöglicht. 1925 wurde dann zwischen Hamburg-Altona und Dresden sogar eine erste Flugverbindung eingerichtet, die allerdings nur kurze Zeit existierte.

Es gab auch vielfältige kulturelle und wissenschaftliche Austauschbeziehungen zwischen beiden Städten. Philip Otto Runge erhielt seine Ausbildung in Dresden und erreichte seine frühe Vollendung in Hamburg. Der Hamburger Gottfried Semper erbaute 1838 das Dresdener Opernhaus. Mit Professor Manfred von Ardenne kam ein gebürtiger Hamburger in Dresden zu großem wissenschaftlichen Erfolg.

Einen besonderen kulturellen, aber auch politischen Akzent setzten beide Städte in jüngster Vergangenheit. Während die innerdeutschen Beziehungen noch erheblich gestört waren, sorgte die Dresdener Philharmonie mit einer Konzertreise für eine Öffnung der Herzen, und die erste Station ihrer Reise war Hamburg.

Mit der Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und Dresden verbinden wir die Hoffnung, daß sich diese Gemeinsamkeiten zwischen unseren Städten vertiefen und zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit führen werden.



Beide Seiten, so ist es in der Vereinbarung festgehalten, werden die Partnerschaft mit dem Ziel gestalten, ich wiederhole das, „zum vertrauensvollen und friedlichen Miteinander zwischen den Bürgerinnen und Bürgern ihrer Städte vielfältig beizutragen“.

Die Städtepartnerschaft mit Dresden ist für uns eine Partnerschaft von besonderer Qualität. Sie ist ein wichtiger Baustein auf der Grundlage der Konsolidierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Sie kann ein Beitrag unserer Städte zu einer fruchtbaren Weiterentwicklung dieser Beziehungen sein.

Getragen werden soll diese Partnerschaft - so ist es unser Wunsch - von einem vorurteilsfreien Dialog zwischen Ost und West. Beide Seiten treten sich als Lernende gegenüber. Wir wollen die Information über die jeweils andere Seite verbessern, um Vorurteile abzubauen, um uns besser verstehen zu lernen. Je mehr wir voneinander wissen, desto besser werden wir miteinander leben und arbeiten.

Unser Ziel ist es, menschliches Vertrauen wachsen zu lassen. Fortschritte auf diesem Felde werden dazu beitragen, daß auch das gegenseitige Vertrauen zwischen den Staaten in Europa wächst und eine Zusammenarbeit im europäischen Haus gefördert wird, die den Frieden stärkt. Wir wollen auf ein Europa hinarbeiten, in dem die Grenzen ihren trennenden Charakter verlieren.

Beide Seiten können die wichtigsten Aufgaben dieser Zeit nur gemeinsam bewältigen: die Sicherung des Friedens, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Verbesserung der Lebenschancen für die Völker der Dritten Welt. Nur gemeinsam werden wir am Ende auf konstruktive Weise Antworten auf die Fragen finden, die heute die Menschen in Ost und West gleichermaßen bewegen.

Sie, Herr Oberbürgermeister, haben bei Ihrem Besuch in Hamburg zum Ausdruck gebracht, daß „die Partnerschaft zwischen unseren beiden Städten Teil des Wunsches von vielen Millionen Menschen nach Abrüstung und Verständigung“ ist. Auch wir sehen in der Städtepartnerschaft einen Beitrag zu einer langfristigen Friedenssicherung in Europa.

Damit wird im übrigen eine Tradition fortgesetzt, die bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts Hamburg und Dresden zu einem friedenspolitischen Schritt zusammenführte: Im März 1918 versuchten Hamburg und Dresden gemeinsam einen Vorstoß, mit dem durch den amerikanischen Kriegseintritt übermächtig gewordenen Kriegsgegnern rechtzeitig einen Vergleichsfrieden zu schließen. Aber die Initiative scheiterte am Widerstand der anderen Bundesstaaten.

Es ist gut zu wissen, daß in diesem zu Ende gehenden Jahr 1987 entscheidende Initiativen zur Abrüstung von der Sowjetunion ausgingen. Die Menschen in Ost wie in West verfolgen mit Erleichterung und Hoffnung den Abschluß einer Vereinbarung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten über die Beseitigung von Mittelstreckenraketen in Europa. Wir hoffen, daß die Unterzeichnung des Abkommens ein historischer Schritt auf dem Weg zu weiteren Abrüstungsschritten und zu einer dauerhaften Friedenssicherung ist.

Generalsekretär Gorbatschow sagte vor wenigen Tagen in Washington: „Die Geschichte hat uns mit der Aufgabe betraut, die Logik des Wettlästens umzukehren.“ In der Tat ist die jetzt unterzeichnete Vereinbarung das erste Abkommen, das nicht nur Rüstung begrenzt, sondern bereits vorhandene Waffen beseitigt und umfassende Kontrollen festlegt.

Ziel unserer Politik muß es sein, militärische Konfrontation zwischen Ost und West durch eine Politik der gemeinsam verantworteten Sicherheit, der Sicherheitspartnerschaft abzulösen.

Die Begegnung der Menschen aus Dresden und Hamburg wird den Vertrag mit Leben erfüllen; freundschaftliche und vertrauensvolle Verbindungen zwischen den Menschen in beiden Städten werden dies bewirken.

Das Leben dieser Partnerschaft wird wesentlich durch den kulturellen Austausch erfüllt werden. Bereits in weniger als einem Monat werden die Orchester beider Städte in der jeweiligen Partnerstadt zu hören sein. Dies wird sich fortsetzen in allen Vielfältigkeiten der Künste, und zwar auf allen Ebenen der Laien und der Professionellen.

Diese Partnerschaft wird eine Partnerschaft, ja eine Freundschaft zwischen den Menschen werden. Ich bringe Ihnen die Freundschaft der Hamburgerinnen und Hamburger. Und ich nehme Ihre Freundschaft mit zurück in meine Vaterstadt.

(-/15.12.1987/vo-he/rs)

* * *

